Der Leistungsvertrag und dessen Anwendung auf dem Gebiet des Straf- und Massnahmenvollzugs

DISSERTATION

der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich

zur Erlangung der Würde einer Doktorin der Rechtswissenschaft

vorgelegt von

Erika Diane Frey
von
Brugg AG

genehmigt auf Antrag von Prof. Dr. Felix Uhlmann und Prof. Dr. Christian Schwarzenegger

Schulthess Juristische Medien AG, Zürich

Inhaltsübersicht

Vorv	vort	V
Inhal	ltsübersicht	VII
Inhal	Itsverzeichnis	IX
Abki	ürzungsverzeichnis	XXIX
Liter	aturverzeichnis	XXXIX
Mate	erialienverzeichnis	LV
Gese	tzesverzeichnis	LXIII
Einle	eitung	1
	er Teil: ndlagen und Organisation des Straf- und Massnahmenvollzugs	5
-	itel 1 des ersten Teils:	7
	ndlagen zum Straf- und Massnahmenvollzug	7 7
§ 1 § 2	Grundbegriffe zum Straf- und Massnahmenvollzug Kompetenzen des Bundes und der Kantone beim Straf- und	/
g 2	Massnahmenvollzug	12
Gest	itel 2 des ersten Teils: altungsmöglichkeiten des Gewährleistungsstaates zur Organisation Straf- und Massnahmenvollzugs	43
§ 3	Konzept des Gewährleistungsstaates	43
§ 4	Gehalt der staatlichen Gewährleistung beim Straf- und Massnahmenvollzug	64
§ 5	Bedeutung des Gewährleistungskonzepts für die Organisation des Straf- und Massnahmenvollzugs	75
-	itel 3 des ersten Teils:	
_	perationsbedarf und Kooperationsformen auf dem Gebiet des Straf- Massnahmenvollzugs	95
§ 6	Kooperationsbedarf auf dem Gebiet des Straf- und Massnahmenvollzugs	95
§ 7	Kooperationsformen auf dem Gebiet des Straf- und Massnahmenvollzugs	105

	er Teil:	
Grun	dlagen und Anwendung des Leistungsvertrags	139
Kapit	el 1 des zweiten Teils:	
Grun	dlagen zum Leistungsvertrag	141
§ 8	Terminologie und Typologie zum Leistungsvertrag	141
§ 9	Grundproblem der fehlenden systematischen Kodifikation des Leistungsvertrags	186
§ 10	Rechtsform des Leistungsvertrags	187
§ 11	Rechtsnatur des Leistungsvertrags	195
§ 12	Grundlagen zur Anwendung des Leistungsvertrags	201
-	tel 2 des zweiten Teils:	
	endung des Leistungsvertrags auf dem Gebiet des Straf- und	225
	anahmenvollzugs	235
§ 13	Arten von Leistungsverträgen auf dem Gebiet des Straf- und Massnahmenvollzugs	235
§ 14	Anwendungsfelder des Leistungsvertrags beim Straf- und Massnahmenvollzug	245
-	tel 3 des zweiten Teils:	
Gesta	altungsempfehlungen zum Leistungsvertrag	275
§ 15	Gestaltung des Leistungsvertragsprozesses	275
§ 16	Gestaltung des Leistungsvertrags	309
	er Teil:	
	ertung des Leistungsvertrags für den Straf- und Massnahmenvollzug	385
§ 17	Bewertung des Leistungsvertrags aus Sicht von Lehre und Praxis	387
§ 18	Zusammenfassung	389
Schlu	sswort	399
Stichy	vortverzeichnis	401
Abbil	dungsverzeichnis	417
Anhai	ng	419

Inhaltsverzeichnis

Vorw	ort/			V					
Inhal	inhaltsübersicht								
Inhal	nhaltsverzeichnis								
Abkürzungsverzeichnis									
Literaturverzeichnis									
Materialienverzeichnis									
Gesetzesverzeichnis									
Einle	eitung			1					
Grui		n und	l Organisation des Straf- und Massnahmenvollzugs	5					
			sten Teils: n Straf- und Massnahmenvollzug	7					
§ 1	Gru	ındbe	griffe zum Straf- und Massnahmenvollzug	7					
§ 2		_	nzen des Bundes und der Kantone beim Straf- und menvollzug	12					
I.	Auswirkungen der NFA auf die Kompetenzregelung zum Straf- und Massnahmenvollzug								
	1.		f- und Massnahmenvollzug als Verbundaufgabe von Bund Kantonen	15					
	2.		rumentarium zur Stärkung der föderalen Kooperation auf Gebiet des Straf- und Massnahmenvollzugs	18					
		A.	Vereinbarungen über Programme und Leistungsangebote zwischen Bund und Kantonen	18					
		B.	Förderung organisatorischer und vertraglicher Kooperationsformen zwischen den Kantonen	19					
		C.	Sicherstellung der Leistungsfähigkeit von Bund und Kantonen als Zielsetzung der NFA	20					
	3.		atte über die normative Harmonisierung des Straf- und snahmenvollzugs	20					

II.	Kompetenzen des Bundes auf dem Gebiet des Straf- und Massnahmenvollzugs								
	1.	Kompetenz des Bundesrates zum Erlass ergänzender Vorschriften zum Straf- und Massnahmenvollzug (Art. 123 Abs. 2 BV i.V.m. Art. 387 StGB)							
	2.	zum	npetenz des Bundes zum Erlass einheitlicher Vorschriften n Straf- und Massnahmenvollzug t. 123 Abs. 2 BV und Art. 123 Abs. 3 Satz 1 BV)	25					
	3.	•							
		A.	Gewährung von Bau- und Betriebsbeiträgen	27					
			 Beitragsverfügungen über die Ausrichtung von Baubeiträgen 	28					
			 Leistungsvereinbarungen über die Ausrichtung von Betriebsbeiträgen 	29					
		B.	Gewährung von Beiträgen an Modellversuche	30					
		C.	Gewährung von Beiträgen an die Kosten des Schweizerischen Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal (SAZ)	32					
III.		Kompetenzen der Kantone auf dem Gebiet des Straf- und Massnahmenvollzugs							
	1.	Kompetenz der Kantone zur Legiferierung auf dem Gebiet des Straf- und Massnahmenvollzugs							
		A.	Gesetzgebungsautonomie der Kantone	36					
		B.	Kantonale Regelungen zum Straf- und Massnahmenvollzug	38					
	2.		npetenz der Kantone zur Organisation des Straf- und ssnahmenvollzugs	39					
		A.	Organisationsautonomie der Kantone	39					
		В.	Organisation des Straf- und Massnahmenvollzugs durch die Kantone	40					
		C.	Leistungsvertrag als Gestaltungsmöglichkeit zur Organisation des Straf- und Massnahmenvollzugs	42					

Gesta	altung	smög	sten Teils: dichkeiten des Gewährleistungsstaates zur Organisation Aassnahmenvollzugs	43			
§ 3	Konzept des Gewährleistungsstaates						
I.	Wa	ndel v	om Leistungs- zum Gewährleistungsstaat	43			
II.	Aufgabentypen und Verantwortungskategorien beim Gewährleistungsstaat						
	1.	Auf	gabentypen	47			
		A.	Kernaufgaben des Staates	47			
		В.	Gewährleistungsaufgaben des Staates	47			
		C.	Kernaufgaben der Privaten	47			
	2.	2. Verantwortungskategorien					
		A.	Gewährleistungsverantwortung	48			
		B.	Vollzugsverantwortung	48			
		C.	Finanzierungsverantwortung	49			
III.	Auslagerung von öffentlichen Aufgaben als Organisationsmöglichkeit des Gewährleistungsstaates						
	1.	Auslagerungseignung öffentlicher Aufgaben					
	2.	Voraussetzungen für eine Auslagerung von öffentlichen Aufgaben auf Dritte					
	3.						
		A.	Dezentralisierung	54			
		B.	Privatisierung	54			
			a. Privatisierungsformen	54			
			b. Privatisierung und bisherige Privatisierungsbestrebungen auf dem Gebiet des	56			
		~	Straf- und Massnahmenvollzugs	58			
	1	C. Aufgabenübertragung mit und ohne Aussenwirkungen					
	4. 5.		chtsfolgen der Auslagerung öffentlicher Aufgaben auf Dritte indlungsformen des Gewährleistungsstaates bei der	58			
	۶.		slagerung öffentlicher Aufgaben auf Dritte	61			
IV.	Reg	gulien	ungs- und Aufsichtserfordernisse des Gewährleistungsstaates	62			

§ 4			er staatlichen Gewährleistung beim Straf- und menvollzug	64			
I.			rtungsteilung zwischen Bund und Kantonen bei der aufgabe des Straf- und Massnahmenvollzugs	64			
II.			sistungspflichten von Bund und Kantonen beim Straf- und menvollzug	65			
	1.	Gewährleistung des tatsächlichen Vollzugs von Strafurteilen als Ausfluss des staatlichen Strafanspruchs					
		A.	Vollzug von Urteilen des Bundes	66			
		В.	Vollzugspflicht der Kantone (Art. 372 Abs. 1 StGB)	66			
	2.		vährleistung eines ordnungsgemässen Straf- und ssnahmenvollzugs	68			
		A.	Gewährleistung eines menschenwürdigen, grundrechtskonformen und rechtsstaatlich abgestützten Sanktionenvollzugs	68			
		B.	Gewährleistung eines gesetzeskonformen Sanktionenvollzugs	70			
		C.	Gewährleistung eines gesamtschweizerisch einheitlichen Vollzugs strafrechtlicher Sanktionen (Art. 372 Abs. 3 StGB)	72			
	3.		währleistung der für den Vollzug von strafrechtlichen ktionen benötigten Organisation und Infrastruktur	72			
		A.	Festlegung der Vollzugsorganisation	72			
		В.	Bau und Betrieb von Justizvollzugsanstalten und weiteren Vollzugseinrichtungen (Art. 377 StGB)	73			
		C.	Bereitstellung der Infrastruktur für das Electronic Monitoring (Art. 67b Abs. 3 und Art. 79b revStGB)	74			
	4.	4. Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und des Schutzes der Bevölkerung					
§ 5			ng des Gewährleistungskonzepts für die Organisation des d Massnahmenvollzugs	75			
I.			gsmöglichkeiten des Gewährleistungsstaates für die ion des Straf- und Massnahmenvollzugs	76			
		1. Organisationsmodelle des Gewährleistungsstaates 7					

		A.	Auftraggeber-Auftragnehmer-Modell der				
			Gewährleistungsverwaltung	76			
		B.	Modelle der staatlichen Gewährleistung	77			
			a. Eigenerstellungsmodell	78			
			b. Kontraktmodell	78			
			c. Subventionsmodell	80			
			d. Regulatormodell	81			
			e. Beteiligungsmodell	82			
		C.	Organisationsmodelle mit partnerschaftlicher Ausprägung	83			
			a. Public Public Partnership (PUP)	83			
			b. Public Private Partnership (PPP)	84			
	2.		taltungsmöglichkeiten zur Organisation des Straf- und ssnahmenvollzugs	90			
	3.	Ges	taltung des Leistungserstellungsprozesses	91			
II.		Gewährleistung der staatlichen Leistungsfähigkeit durch kooperative Aufgabenerledigung					
Koop	erati	onsbe	sten Teils: darf und Kooperationsformen auf dem Gebiet des snahmenvollzugs	95			
§ 6		_	tionsbedarf auf dem Gebiet des Straf- und menvollzugs	95			
I.			ür den Kooperationsbedarf beim Straf- und menvollzug	95			
II.			von Kooperationen als Konsequenz des beim Straf- und menvollzug gegebenen Kooperationsbedarfs	96			
	1.	Koo	pperationen auf allen Ebenen des Bundesstaates	98			
		A.	Kooperation zwischen Bund und Kantonen	98			
		B.	Kooperation zwischen den Kantonen	98			
		C.	Kooperation der Kantone mit den Gemeinden	99			
	2.	Koo	pperationen auf der Fachebene	99			
	3.	Koo	pperationen mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen	100			
	4.	Koo	operationen mit Behandlungs- und Betreuungseinrichtungen	100			

	5.	Koo	perationen mit Privaten	101			
		۸.	Kooperationen der vielfältigsten Ausrichtung mit Privaten	101			
		В.	Kooperationen mit gewinnorientiert arbeitenden und gemeinnützig tätigen Privatrechtssubjekten	103			
			a. Kooperationen mit gewinnorientiert arbeitenden Personen und Organisationen des privaten Rechts	103			
			b. Kooperationen mit Non-Profit-Organisationen	103			
			c. Kooperationen mit sozial engagierten Privatpersonen	104			
		C.	Kooperationen mit privaten Sicherheitsunternehmen	105			
§ 7			tionsformen auf dem Gebiet des Straf- und imenvollzugs	105			
i.			hoheitlicher und Unverzichtbarkeit kooperativer und aler Handlungsformen	105			
11.	Konsensuale Handlungsformen beim kooperativen Föderalismus						
	1.	Koo	operation als bundesstaatliche Grundpflicht	108			
	2.	Beg	griff des kooperativen Föderalismus	108			
	3.		leutung konsensualer Handlungsformen für den kooperativen Ieralismus	108			
Ш.	Ko	operat	ionsformen des vertikalen kooperativen Föderalismus	109			
	1.	Mit	wirkungsföderalismus und Vollzugsföderalismus	109			
	2.	Kor	nsensuale Kooperationsformen zwischen Bund und Kantonen	110			
		Α.	Programmvereinbarung gemäss Art. 46 Abs. 2 BV	110			
		В.	Leistungsvereinbarung gemäss Art. 7 Abs. 3 LSMG	113			
		C.	Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der Mitbenutzung kantonaler Vollzugseinrichtungen durch den				
			Bund	113			
IV.	Koc	perat	ionsformen des horizontalen kooperativen Föderalismus	114			
	ı.	Koo	perationsform des interkantonalen Vertrages	114			
		A.	Kooperations- und Vertragsautonomie der Kantone und deren Grenzen	118			
			Grundsatz der Kooperations- und Vertragsautonomie der Kantone	118			

		 Grenzen f ür den Inhalt der Vertr äge zwischen den Kantonen 	118				
		c. Verpflichtung der Kantone zur Zusammenarbeit mit Lastenausgleich beim Straf- und Massnahmenvollzug	119				
	B.	Kooperationsformen auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung für die interkantonale	121				
		Leistungserbringung durch gemeinsame Trägerschaften	122				
		b. Leistungskauf	124				
	C.	Verfahren bei Streitigkeiten zwischen den Kantonen	125				
		a. Streitbeilegungsverfahren gemäss IRV	125				
		b. Staatsrechtliche Klage ans Bundesgericht	125				
2.	Kantonsübergreifende Kooperationsformen beim Straf- und Massnahmenvollzug						
	A.	Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	126				
	B.	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren (KKJPD)	127				
		Schweizerisches Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV)	128				
		b. Anstaltsplanung	129				
	C.	Konferenz der Kantonalen Leiter Justizvollzug (KKLJV)	130				
	D.	Konkordate auf dem Gebiet des Straf- und					
		Massnahmenvollzugs					
	E.	Vereinbarungen zwischen den Kantonen über die Errichtung und den Betrieb gemeinsamer Anstalten					
	F.	Vereinbarungen zwischen den Kantonen über die Sicherung von Mitbenutzungsrechten an Vollzugseinrichtungen anderer Kantone					
	G.	Vereinbarungen zwischen den Kantonen über die	135				
	J.	•	136				
Koo	-	tionsformen bei der Auslagerung von Vollzugsaufgaben auf	136				

V.

	ter Te dlage		l Anwendung des Leistungsvertrags	139			
-			reiten Teils: n Leistungsvertrag	141			
§ 8	Ter	minol	inologie und Typologie zum Leistungsvertrag				
I.			lanke für die terminologische Abgrenzung zwischen auftrag und Leistungsvertrag	142			
II.	Leis	tungs	auftrag	142			
	1.	_	stungsauftrag i.w.S. und Leistungsauftrag i.e.S.	142			
	2.	Gru	ndelemente von Leistungsaufträgen	145			
	3.	Arte	en von Leistungsaufträgen	146			
		A.	Leistungsaufträge von Bund, Kantonen und Gemeinden	147			
		B.	Leistungsauftrag des Verfassungs- oder Gesetzgebers an öffentliche und private Aufgabenträger	148			
		C.	Leistungsauftrag der Politik und Verwaltungsführung an verwaltungsinterne Auftragnehmer	150			
			a. Leistungsauftrag des Parlaments an die Regierung	151			
			b. Leistungsauftrag der Regierung an die Verwaltungsspitze	152			
			c. Leistungsauftrag der übergeordneten an die untergeordnete Verwaltungsbehörde	154			
		D.	Leistungsauftrag des Gemeinwesens an verwaltungsexterne Auftragnehmer	154			
			a. Aufgabenübertragender Leistungsauftrag	155			
			b. Subventionsrechtlicher Leistungsauftrag	156			
			c. Konzessionsrechtlicher Leistungsauftrag	158			
			c	159			
	4.	Ühe	d. Krankenversicherungsrechtlicher Leistungsauftrag ersicht über die Arten von Leistungsaufträgen i.e.S.	163			
	5.		gerungen für die Abgrenzung des Leistungsauftrags	103			
	٥.	_	enüber dem Leistungsvertrag	164			
III.	Leis	stungs	svertrag	165			
	1.	_	stungsvertrag, Leistungsvereinbarung und Kontrakt	165			

	2.	Gru	ndele	emente von Leistungsverträgen	166
	3.	Arte	n voi	n Leistungsverträgen	169
		A.		stungsvereinbarung zwischen Organen und ganisationseinheiten eines Gemeinwesens	170
			a.	Leistungsvereinbarung zwischen übergeordneten und untergeordneten Verwaltungsstellen als Führungs- und Steuerungsinstrument	170
			b.	Leistungsvereinbarung zwischen Vorgesetzten und Unterstellten als Personalführungsinstrument	174
			c.	Leistungsvereinbarung zwischen gleichgestellten Verwaltungseinheiten eines Gemeinwesens als verwaltungsinternes Koordinationsinstrument	175
		В.		stungsvertrag zwischen dem Gemeinwesen und Dritten r die Auslagerung öffentlicher Aufgaben	177
			a.	Koordinationsrechtlicher Leistungsvertrag zwischen verschiedenen Trägern von Hoheitsrechten	179
			b.	Subordinationsrechtlicher Leistungsvertrag zwischen Gemeinwesen und Privaten	179
		C.		stungsvertrag zwischen subventionierendem neinwesen und Subventionsempfängern	180
		D.	_	grenzung des Leistungsvertrags gegenüber anderen tragstypen	181
			a.	Leistungsvertrag und öffentlich-rechtlicher Auftrag	181
			b.	Leistungsvertrag und privatrechtlicher Auftrag	182
			c.	Leistungsvertrag und Konzessionsvertrag	182
			d.	Leistungsvertrag und Kooperationsvertrag bei PPP und PUP	183
	4.	Übe	rsicht	über die Arten von Leistungsverträgen	184
IV.	Geg	enübe	rstell	ung von Leistungsauftrag und Leistungsvertrag	185
§ 9		-		n der fehlenden systematischen Kodifikation des	100
	LUIS	stungs	verti	ags	186

§ 10	Rec	htsfo	rm des Leistungsvertrags	187			
, .	Qualifizierung der Rechtsform von Leistungsverträgen						
	Kriterien für die Qualifizierung der Handlungsform als Vertrag						
	2.		echte und echte Verträge	187 188			
	۷.	A.	Qualifizierung der verwaltungsinternen	100			
		Α.	Leistungsvereinbarungen als unechte Verträge	188			
		B.	Qualifizierung der Leistungsverträge des Gemeinwesens mit Dritten als echte Verträge	189			
		C.	Abgrenzung von Leistungsverträgen,	10)			
		C.	Leistungsvereinbarungen und Kontrakten gegenüber				
			anderen Rechtsformen	189			
			a. Leistungsvereinbarung als Verwaltungsverordnung mit vertragsähnlichen Zügen und traditionelle				
			Verwaltungsverordnung	190			
			b. Leistungsvertrag und Verfügung	190			
			 Leistungsvertrag und mitwirkungsbedürftige Verfügung 	191			
II.	Bee	deutur	ng der Vertragsform für das Verhältnis der Kontrahenten	192			
	1.	Bin	ndungswirkung des Vertrags	192			
	2.	Beg	gründung wohlerworbener Rechte	193			
	3.	Beständigkeit des Vertrags gegenüber Rechtsänderungen					
§ 11	Rec	chtsna	atur des Leistungsvertrags	195			
I.	Qualifizierung der Rechtsnatur von Leistungsverträgen						
	1.						
	2.	-	alifizierung von zwischen dem Gemeinwesen und Dritten eschlossenen Leistungsverträgen	196			
II.	Bed	leutun	ng der Rechtsnatur eines Leistungsvertrags	198			
	1.	Ges	staltungsspielraum bei der Festlegung des Vertragsinhalts	198			
	2.	Ver	fahren und Rechtsschutz bei Vertragsstreitigkeiten	198			
§ 12	Grı	ındla	gen zur Anwendung des Leistungsvertrags	201			
I.	Zul	issigk	reit von Leistungsverträgen	201			
	Zulässigkeit der Vertragsform als staatliche Handlungsform						

	2.	2. Zulä Drit	ässigkeit von Leistungsverträgen des Gemeinwesens mit tten		
		A.	Zulässigkeit von Leistungsverträgen zwischen verschiedenen Trägern hoheitlicher Rechte	202	
		B.	Zulässigkeit von Leistungsverträgen des Gemeinwesens		
			mit Privaten	203	
			a. Gesetzesgrundlage	203	
			b. Vertrag als geeignetere Handlungsform	204	
			c. Rechtsmässigkeit des Vertragsinhalts	205	
II.	Abs	chlus	s des Leistungsvertrags	207	
	1.	Ver	fahren zum Abschluss von Leistungsverträgen	207	
	2.	Ver	tragsabschlussfreiheit	207	
	3.	Han	dlungen der Leistungsvertragsparteien vor Vertragsschluss	208	
		A.	Vertragsverhandlungen	208	
		B.	Bindungswirkung vorvertraglicher Absichtserklärungen		
			und Abreden	209	
			a. Absichtserklärung	209	
			b. Verhandlungsvertrag	210	
			c. Vorvertrag	210	
	4.	Ver	tragsabschluss	211	
		A.	Grundvoraussetzung der gegenseitigen übereinstimmenden Willenserklärungen für das Zustandekommen des		
			Leistungsvertrags	211	
		B.	Gültigkeitsvoraussetzungen für einen rechtswirksamen Vertragsschluss	212	
			 Zulässigkeit der Vertragsform für den konkreten Regelungsgegenstand 	213	
			b. Zulässigkeit des Vertragsinhalts	214	
			c. Fehlen von Willensmängeln	215	
			d. Beachtung der Schriftform	215	
			e. Zuständigkeit und Berechtigung zum Vertragsschluss	216	
III.	Abv	vicklu	ing des Leistungsvertrags	217	
	1.		ndsatz «pacta sunt servanda»	217	

	2.	Leis	stungsstörungen	218
		A.	Leistungsstörungstatbestände der Nicht-, Schlecht- oder Späterfüllung von vertraglichen Leistungspflichten	218
		B.	Vorgehen und Sanktionen bei Leistungsstörungen	218
IV.	Anı	oassun	ng des Leistungsvertrags	221
	1.	Grü	nde für die Anpassung von Leistungsverträgen	221
	2.	Kor	nsensuale oder richterliche Anpassung des Leistungsvertrags	221
		A.	Anpassung durch die Leistungsvertragsparteien	221
		B.	Anpassung durch Richterspruch	222
V.	Au	flösun	g des Leistungsvertrags	224
	1.	Aui	flösung mit Ablauf der vertraglichen Laufzeit	224
		Α.	Klauseln über die stillschweigende Fortführung des Leistungsvertrags	225
		B.	Rechtsmissbräuchliche Nichtfortführung eines Leistungsvertrags	225
	2.	Auf	flösung vor Ablauf der vertraglichen Laufzeit	226
		Α.	Auflösung des Leistungsvertrags durch Konsens der Parteien	226
			a. Aufhebungsvertrag	227
			b. Novationsvertrag	227
		B.	Kündigung des Leistungsvertrags	227
			a. Ordentliche Kündigung des Leistungsvertrags	228
			b. Ausserordentliche Kündigung des Leistungsvertrags	228
		C.	Rücktritt vom Leistungsvertrag	230
			a. Rücktrittsrechte der Leistungsvertragsparteien	230
			b. Rückabwicklung von Leistungsverträgen	230
			c. Rücktritt oder behördlicher Widerruf	231
		D.	Auflösung durch den Richter	232
	3.		örungs- und Begründungspflicht bei der Auflösung und	233

•	ndun	g des	veiten Teils: Leistungsvertrags auf dem Gebiet des Straf- und Ilzugs	235			
§ 13	3 Arten von Leistungsverträgen auf dem Gebiet des Straf- und Massnahmenvollzugs						
I.	Leistungsverträge über die unmittelbare Besorgung von Vollzugsaufgaben durch Dritte						
	1.		ndvoraussetzungen für die vertragliche Übertragung von gaben des Straf- und Massnahmenvollzugs auf Dritte	236			
	2.		nzen für die vertragliche Übertragung von Aufgaben des f- und Massnahmenvollzugs auf Dritte	238			
		A.	Grenzen bei der Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf Dritte	238			
		B.	Grenzen bei der Anwendung von unmittelbarem Zwang und anderen Zwangsmassnahmen durch Private	241			
		C.	Grenzen beim Freiheitsentzug durch Private	242			
II.	Leistungsverträge über die mittelbare Besorgung von Verwaltungsaufgaben durch Dritte						
III.		Leistungsvereinbarungen über die Ausrichtung finanzieller Beiträge des Bundes an den Straf- und Massnahmenvollzug					
§ 14		Anwendungsfelder des Leistungsvertrags beim Straf- und Massnahmenvollzug					
I.	Leis	tungs	verträge über den Vollzug von Strafen und Massnahmen	245			
	1.		stungsverträge über den Vollzug strafrechtlicher ssnahmen (Art. 59-61 und 63 StGB)	246			
	2.		stungsverträge über den Vollzug von Arbeitsexternaten X) und Wohn- und Arbeitsexternaten (WAEX)	249			
	3.	Leis (HG	stungsverträge über den Vollzug der Halbgefangenschaft i)	250			
	4.		stungsverträge über Aufgaben beim Vollzug von einnütziger Arbeit (GA)	251			
	5.		stungsverträge über den Vollzug von Freiheitsstrafen durch at geführte Anstalten (Art. 387Abs. 4 lit. b StGB)	253			
II.	Leistungsverträge über die soziale Beratung und Betreuung von straffälligen Personen						

	1.		tungsverträge über die Durchführung der Bewährungshilfe . 93-95 und 376 Abs. 1 StGB)	254		
	2.		tungsverträge über die soziale Betreuung straffälliger onen (Art. 96 StGB)	255		
	3.		tungsverträge über die Anwerbung und Anleitung sowie die liche Begleitung von freiwilligen Mitarbeitenden	256		
	4.		tungsverträge über die Vermittlung von Unterkunft und eit für strafentlassene Personen	257		
III.	Leis	stungs	verträge über die Aus- und Weiterbildung von Gefangenen	257		
IV.	Leis	stungs	verträge über die medizinische Versorgung von Gefangenen	258		
V.			verträge über die sachverständige Begutachtung von en und Verurteilten	263		
VI.	Lei	stungs	verträge über die Besorgung von Sicherheitsdienstleistungen	264		
	l.		stungsverträge über die Durchführung von angenentransporten	268		
	2.		stungsverträge über Sicherheitsdienstleistungen für ängnisse und Vollzugseinrichtungen	269		
	3.		stungsverträge über die elektronische Überwachung ffälliger Personen	270		
-			veiten Teils: ofehlungen zum Leistungsvertrag	275		
§ 15	Ges	taltui	ng des Leistungsvertragsprozesses	275		
I.	Anstoss des Leistungsvertragsprozesses					
	1.	Bed	arf an Leistungen zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe	277		
	2.		rung rechtlicher und praktischer Vorfragen mit Blick auf eine gliche Auslagerung der Leistungserstellung	277		
	3.	Aus	lagerungsentscheid	279		
		A.	Kriterien für den Grundsatzentscheid über «make or buy»	279		
		B.	Ansatz der Transaktionskostentheorie für Auslagerungsentscheide	280		
II.	Ant	Anbahnung des Leistungsvertrags				
	1.	Auss	schreibung des Austrags bei vergaberechtspflichtigen chäften	283 283		
		Α.	Grundsätze für die Vergabe öffentlicher Aufträge	284		

I.	Lau	fzeit o	des Leistungsvertrags	310
§ 16	Ges	taltui	ng des Leistungsvertrags	309
V.	Bee	ndigu	ng des Leistungsvertragsprozesses	308
IV.	Abv	vicklu	ing des Leistungsvertrags	307
	3.	Abs	chluss des Leistungsvertrags	306
			Leistungsvertrags	305
			c. Ausfertigung des unterschriftsreifen	304
			Verhandlungsgrundlage b. Aushandlung des konkreten Vertragsinhalts	304
			a. Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs als	304
		C.	Aushandlung des Vertrags als iterativer Prozess	304
		B.	Strukturierung der Vertragsverhandlungen	303
			c. Klärung des Ablaufs der Vertragsverhandlungen	303
			 Klärung des Gegenstands der anstehenden Verhandlungen 	302
			 Klärung der grundsätzlichen Interessenlagen der Verhandlungspartner 	302
		Α.	Vorbereitung der Vertragsverhandlungen	302
	2.	Ver	handlung des Leistungsvertrags	300
	1.	Ver	handlungs- und Vertragsabschlusskompetenz	300
III.	Aus	handl	ung und Abschluss des Leistungsvertrags	299
		В.	Auswahl des Leistungsträgers unter dem Blickwinkel der Prinzipal-Agent-Theorie	298
		A.	Kriterien für die Auswahl des Leistungsträgers	295
	2.	Aus	wahl des Leistungsträgers	295
		D.	Verhältnis zwischen Vergabe- und Vertragsrecht	293
		C.	Wahl des Verfahrens bei der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen	290
			b. Objektiver Geltungsbereich des Vergaberechts	285
			a. Subjektiver Geltungsbereich des Vergaberechts	284
		B.	Geltungsanspruch des Vergaberechts bei der Auslagerung öffentlicher Aufgaben auf aussenstehende Leistungsträger	284

II.	Gestaltung der Vertragsurkunde			
	1.	Leis	tungsvertrag	311
	2.	Rah	menvertrag mit konkretisierenden Detailverträgen	312
		A.	Rahmenverträge zwischen Gemeinwesen und Dritten mit direkt umzusetzenden Leistungspflichten	312
		В.	Rahmenverträge bei Beschaffungen durch Lead Buyer ohne direkt umzusetzende Leistungspflichten	313
		C.	Rahmenverträge bei PPP-Projekten	314
III.	Glie	ederur	ng des Leistungsvertrags	315
	1.	Ver	tragsingress	320
	2.	Präa	ambel des Leistungsvertrags	321
	3.	Gru	ndlagen und Bestandteile des Leistungsvertrags	321
		A.	Rechtsgrundlagen	321
		B.	Vertragsbestandteile und deren Rangfolge bei Widersprüchen	321
	4.	Gan	genstand des Leistungsvertrags	321
	5.	_	tungsbereich des Leistungsvertrags	323
	٥.	A.	Leistungsvertragsparteien	323
		В.	Sachlicher und örtlicher Geltungsbereich des	320
		ъ.	Leistungsvertrags	323
		C.	Geltungsdauer des Leistungsvertrags	324
	6.	Gesetzliche und vertragliche Voraussetzungen für die Gültigkeit des Leistungsvertrag		
		A.	Genehmigung durch den Bund bei einer versuchsweisen Übertragung des Vollzugs von Freiheitsstrafen auf Private	325
		B.	Anerkennung der Vollzugseinrichtung durch den Standortkanton	325
		C.	Zertifizierung des Leistungsträgers durch unabhängige Stellen	326
	7.	Leis	stungen	326
		A.	Beachtung der dualen Bedeutung des Begriffs der Leistung für den Leistungsbeschrieb	327
		B.	Beschreibung der Leistungen nach Art, Menge, Güte und Verfügbarkeit sowie der Bezüger der fraglichen Leistung	327

	a.	Definition des Leistungsangebots und der einzelnen Leistungen	327
	b.	Definition der Leistungsbezüger und der bei diesen angestrebten Wirkungen	328
	c.	Definition von Vorhaben und Projekten über den Ausbau oder die Optimierung des Leistungsangebots	329
C.		schreibung der Vorgaben für den stungserstellungsprozess	329
	a.	Definition von Prozessen, Arbeitsinstrumenten und Standards für die Leistungserstellung	329
	b.	Ort der Leistungserbringung	330
	c.	Vorgaben für mit dem Vollzug strafrechtlicher Sanktionen betraute Leistungserbringer	330
D.	Lei	währleistung der Qualität des stungserstellungsprozesses und der zu erbringenden stungen	332
	a.	Vorgaben für das Qualitätsmanagement des Leistungserbringers	332
	b.	Qualitätsbegriff	332
	c.	Qualitätsmanagementsysteme	332
	d.	Qualitätsbeurteilung	333
E.	Reg	gelung der Übertragbarkeit von Aufgaben auf Dritte	334
Leis		scontrolling	335
A.	Plan	tlegung eines validen Leistungscontrollings zur nung, Überwachung und Steuerung des stungserstellungsprozesses	335
	a.	Ausrichtung des vertraglichen Leistungscontrollings am klassischen Controllingkreislauf	335
	b.	Abgrenzung des vertraglichen Leistungscontrollings gegenüber dem Verwaltungscontrolling	337
	c.	Abgrenzung des Leistungscontrollings gegenüber der Kontrolle der Vollzugsbedingungen	338
B.	Fest Date	tlegung der für das Leistungscontrolling benötigten en	339

8.

		a.	Definition von Kennzahlen	339		
		b.	Definition von Zielen und dazugehörenden			
			Indikatoren	341		
	C.	Leistungsberichte als Grundlage für das vertragliche				
			atrolling	346		
		a.	Ausgestaltung des Berichtswesens	346		
		b.	Abgrenzung der Berichterstattung zur Umsetzung des Leistungsvertrags gegenüber der fallbezogenen			
			Berichterstattung	348		
9.		_	evergütung	349		
	A.		stungsabhängige und leistungsunabhängige	349		
	D		anzierungsmodelle			
	В.		tlegung des Preises der Leistung	352		
		a. •	Bestimmung der Kosten pro Leistungseinheit	352		
		b.	Berücksichtigung von Gewinn und Reserven	354		
		c.	Klauseln für eine Anpassung der Leistungsvergütung an die Teuerung	355		
		d.	Klauseln über die mit der Vergütung abgegoltenen			
			Leistungen	355		
		e.	Klauseln über den Umgang mit Überschüssen und Fehlbeträgen	355		
		f.	Angaben zur Mehrwertsteuer	356		
	C.	Finanzierungsfragen beim Straf- und Massnahmenvollzug		356		
	D.	Vorbehalte hinsichtlich der Genehmigung des Budgets des				
	E.	staatlichen Leistungsbestellers Leistungsabrechnung		359 360		
	F.	-		361		
10.						
10.	A.		rbeitung personenbezogener Daten	361 361		
	В.		- · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	• • •		
	D.		chtung der einschlägigen Datenschutzregeln	362		
		a.	Grundlagen für die Datenbearbeitung	362		
	_	b. -	Grundsätze für die Datenbearbeitung	363		
	C.	Bea	chtung weiterer Geheimnisschutzregeln	364		

		a.	Amtsgeheimnis gemäss Art. 320 StGB	364			
		b.	Berufsgeheimnis gemäss Art. 321 StGB	365			
	D.	Geh	eimhaltungserklärungen	366			
	E.	Auf	bewahrung, Archivierung und Vernichtung der Daten	366			
	F.	Aus	händigung der Daten bei Beendigung des				
			stungsvertrags	367			
11.	Koo	Cooperation und Kommunikation					
	A.	Koo	ordination der Aktivitäten der Leistungsvertragsparteien	367			
		a.	Festlegung der Ansprechpersonen und Kommunikationswege	367			
		b.	Führung eines laufenden Fachdiskurses	368			
		c.	Verschwiegenheitsklauseln	368			
	B.	Kon	atrolle und Aufsicht	369			
		a.	Klauseln über die Ausübung staatlicher Kontrollrechte	370			
		b.	Klauseln über staatliche Genehmigungs- und Weisungsbefugnisse	371			
		c.	Klauseln über aufischtsspezifische Auskunfts- und Einsichtsrechte	371			
		d.	Klauseln über besondere Meldepflichten	371			
	C.	Kris	senkommunikation	373			
12.	Vorgehen bei Leistungsstörungen, Meinungsverschiedenheiten und Vertragsmängeln						
	A.	Leistungsstörungen					
		a.	Vorgehen zur Beseitigung von Leistungsstörungen	374			
		b.	Kürzung oder Verweigerung der Leistungen der Gegenpartei als Sanktion bei Leistungsstörungen	375			
		c.	Konventionalstrafe als Sanktion bei Leistungsstörungen	376			
		d.	Haftung bei Schädigung des Vertragspartners oder Drittbetroffener	376			
	В.	Mei	nungsverschiedenheiten	378			
	C.		tragsmängel	378			

	13.	Anpa	assung und Kündigung des Leistungsvertrags	379				
	14.	Anw	rendbares Recht und Gerichtsstand	380				
	15.	Schl	ussbestimmungen	382				
		A.	Inkrafttreten des Leistungsvertrags	382				
		B.	Aufhebung allfälliger früherer Leistungsverträge	383				
		C.	Neuverhandlung des Leistungsvertrags	383				
		D.	Übergangsbestimmungen	384				
	16.	Unte	erzeichnung des Leistungsvertrags	384				
	er Tei		eistungsvertrags für den Straf- und Massnahmenvollzug	385				
Dewe	rtung	ues L	cestungsvertrags für den Straf- und Massnanmenvonzug	363				
§ 17	Bev	ertun	g des Leistungsvertrags aus Sicht von Lehre und Praxis	387				
I.			eggründe für den Abschluss von Leistungsverträgen über die lagerung von Vollzugsaufgaben					
II.	Vor	und l	Nachteile der Arbeit mit Leistungsverträgen	389				
III.	Fazi	t		392				
§ 18	Zus	amme	ammenfassung					
Schlu	isswoi	·t		399				
Stichy	vortve	rzeich	nnis	401				
Abbil	dungs	verzei	chnis	417				
Anha	ng			419				
A.	Mus	terver	trag für einen Leistungsvertrag	419				
B.	Mus	terver	träge für einen Rahmenleistungsvertrag mit Jahresverträgen	436				
	a.	Must	tervertrag für einen Rahmenleistungsvertrag	436				
	b.		tervertrag für die einen Rahmenleistungsvertrag retisierenden Jahresverträge	450				